



Sehr geehrte Damen und Herren der Weltbank,  
 verehrte Vorstandsmitglieder und Stellvertreter des Green Climate Fund, des Programms zur Emissionsreduzierung (ER-Programm) und des Kohlenstofffonds und der Forest Carbon Partnership Facility!

Wir bedanken uns für das Schreiben der Weltbank (WB) vom 23. September diesen Jahres als Antwort auf unseren Brief vom 13. August desselben Jahres, in welchem Sie uns im Wesentlichen ihre technische Sicht auf den aktuellen Stand des von Nicaragua vorgelegten EE-Programms und den Prozess, in dem es sich derzeit befindet, mitteilten.

Deshalb bestehen wir heute mehr denn je darauf, als Mitgliedsorganisationen der COCIBOLCA-Gruppe, die aus Umweltorganisationen Nicaraguas zusammengesetzt ist, NICHT die Teilnahme der Regierung Nicaraguas im FCPF-Kohlenstofffonds noch das dem Grünen Klimafonds (FVC) vorliegende "Bio-Klima-Projekt - Integrierte Klimaschutzmaßnahmen zur Verringerung der Entwaldung und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Biosphären von BOSAWÁS und Rio San Juan" zu genehmigen und stattdessen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen im November 2021 abzuwarten.

Wir stützen unsere Forderung auf die folgenden technischen Ansätze:

Die Weltbank stützt sich bei ihren Entscheidungen unter anderem auf das Rahmendokument für Umwelt und Soziales, das zehn Standards zusammenfasst, die die Weltbank bei der Beurteilung der Empfänger von Krediten oder Zuschüssen anwendet, die sie im Rahmen ihrer Befugnisse vergibt. Auf der Grundlage dieser Kriterien haben wir beschlossen umgehend nachzuweisen, daß Nicaragua jeden der angegebenen Standards nicht einhält.

1. Erstens hat Nicaragua in den PD DE ER-Dokumenten nicht gezeigt, wie es die Umwelt- und Sozialschutzbestimmungen einhalten wird, und stattdessen hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese genau so zu abzuschreiben, wie sie in den WB-Dokumenten zum Ausdruck kommen. Das liegt daran, daß es der Regierung Nicaraguas an dem Willen fehlt, die grundlegenden Normen zur Achtung der Sozial- und Umweltrechte einzuhalten, die in unseren Gesetzen, als auch in Verträgen und internationalen Konventionen gefordert werden. Dieser mangelnde Wille zeigt sich bei der derzeitigen Verabschiedung von drei Gesetzen, die nicht nur verfassungswidrig sind, sondern auch die volle Ausübung der sozialen Rechte der Nicaraguaner einschränken:
  - a. Das "[Gesetz zur Regulierung ausländischer Agenten](#)" (Gesetz 1040), das darauf abzielt, alle abweichenden Äußerungen im Land zu kriminalisieren, zu ersticken und zu terrorisieren. Seine Hauptziele sind soziale Bewegungen, territoriale Führungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, unabhängige Presse und alle Personen, die in Opposition zum Regime stehen oder eine ablehnende Meinung zu Regierungsprojekten oder -aktionen äußern. Dieses Gesetz wurde am Montag, dem 19. Oktober 2020, in Kraft gesetzt.

- b. Das "[Sondergesetz zur Cyber-Kriminalität](#)" zielt darauf ab, die Räume für die gesellschaftliche Teilhabe zu beschneiden, mit dem Ziel, unabhängige Medien, Organisationen, die einen ständigen Kampf für die Verteidigung der Menschenrechte führen, und auch jeden nicaraguanischen Bürger zu kriminalisieren, der soziale Netzwerke nutzt, um Informationen auszudrücken oder zu verbreiten, die von Regierungsvertretern als "falsch" oder anderweitig unangenehm empfunden werden.
- c. Zum "[Gesetz über die lebenslange Freiheitsstrafe](#)", das derzeit von der vom Regime kontrollierten Legislative im Rahmen einer Verfassungsreform verabschiedet wird, um die freie Ausübung der Bürgerrechte weiter einzuschränken, erklärte der Präsident in seiner Rede vom 15. September, daß alle Personen, die Hassverbrechen begehen, "lebenslange Haft" erhalten, wenn sie "nach seiner Auffassung solche Verbrechen begangen haben", womit er sich von den in der Rechtsprechung und Lehrmeinung über diese Art von Delikten festgelegten Bestimmungen distanziert und die Vergehen direkt mit Dissidenten oder Gegnern seiner Regierung in Verbindung bringt.

Die drei Gesetze sind der klare Ausdruck der Intoleranz des gegenwärtigen Regimes gegenüber allen natürlichen oder juristischen Personen, bäuerlichen oder indigenen Gemeinschaften, sozialen Gruppen, Menschenrechtsverteidigern oder allen, die sich gegen schlechte Praktiken bei der Durchführung der Programme oder Projekte wehren, die mit den Mitteln ausgeführt werden könnten, auf die Nicaragua über die WB zugreifen will, wenn Sie sie genehmigen. Gelder, die nur dazu dienen würden, die politische Unterdrückung des Regimes - das sich derzeit in wirtschaftlichem und moralischem Bankrott befindet - zu verlängern, die seit 2018 gegen das im friedlichen Widerstand befindliche nicaraguanische Volk durchgeführt wird. Daher gibt es in Nicaragua keine günstigen Bedingungen für die Durchführung von Projekten, die ein hohes Maß an gesellschaftlicher Partizipation beinhalten, wie es die Regelungen normalerweise für die vorgestellten Projekte vorsehen.

- 2. Zu der anhaltenden politischen Unterdrückung, der die nicaraguanische Gesellschaft systematisch ausgesetzt ist, kommt die Korruption hinzu, auf die das [Finanzministerium der Vereinigten Staaten](#) hingewiesen hat, indem es in den letzten Jahren 24 Beamte des Regimes sanktioniert hat, darunter Vizepräsidentin Rosario Murillo, die Frau von Präsident Ortega, und drei ihrer Kinder; zusammen mit Herrn Paul Oquist, einem seiner notwendigen Handlanger, der sich für einige Zeit an den Sitzungen des Carbon Fund und des Green Climate Fund aufhielt, wo er Ko-Vorsitzender war und jetzt Berater ist, sowie in die Weltkonferenzen, auf denen Umweltfragen behandelt werden, sich eingeschlichen hat, und der am 9. Oktober dieses Jahres sanktioniert wurde und über den ausdrücklich erklärt wird, daß er ... " ...eine Schlüsselrolle in der Desinformationskampagne zur Vertuschung der vom Regime begangenen Verbrechen und verabscheuungswürdigen Menschenrechtsverletzungen" spielte. In mehreren Interviews mit internationalen englischsprachigen Medien und bei Treffen mit ausländischen Vertretern hat Oquist für die Propaganda und die falschen Darstellungen des Ortega-Regimes geworben. Oquist hat Ortegas Situation auch international verteidigt, indem er sich auf ein endloses Repertoire an Lügen stützte, um die Missbräuche des Regimes zu verbergen oder zu rechtfertigen. Zusätzlich zu diesen Sanktionen hat der [Rat der Europäischen Union mit seinen Sanktionen](#) vom 19. Oktober 2019 und 8. Oktober dieses Jahres den permanenten Druck auf die nicaraguanische Regierung aufrechterhalten, sich um eine Verhandlungslösung für die seit 2018 andauernde Krise im Land zu bemühen.
- 3. Wir fragen uns, wie die nicaraguanische Regierung die Einhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsstandards der [indigenen Gemeinschaften](#), an die sich dieses Projekt richtet, gewährleisten will, wenn es genügend Beweise für die Begehung schwerer Menschenrechtsverletzungen gegen diese Völker gibt, die an eine Ausrottung der indigenen Rama- und Kriol-Gemeinschaften im Biologischen Reservat Indio-Maíz grenzen; und mit dem Völkermord, der von mit Kriegswaffen bewaffneten Kolonisten ausgeführt wird, die seit mehreren Jahren die Miskitu- und Mayangna-Gemeinschaften in Bosawas angreifen. Die Regierung versäumt es, ihrer Verpflichtung nachzukommen, das Leben und die Unversehrtheit dieser Völker sowie die

Gebiete zu schützen, von denen sie spirituell und physisch für ihren Lebensunterhalt abhängen, eine Situation, die von der Interamerikanischen Kommission und dem [Gerichtshof für Menschenrechte](https://www.oaklandinstitute.org/new-investigation-foreign-mining-corporations-forestry-companies-invasions-nicaragua?utm_source=reporter&utm_medium=email&utm_campaign=information&utm_content=text-version-link) umfassend dokumentiert wird. [https://www.oaklandinstitute.org/new-investigation-foreign-mining-corporations-forestry-companies-invasions nicaragua?utm\\_source=reporter&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=information&utm\\_content=text-version-link](https://www.oaklandinstitute.org/new-investigation-foreign-mining-corporations-forestry-companies-invasions-nicaragua?utm_source=reporter&utm_medium=email&utm_campaign=information&utm_content=text-version-link).

4. Die nicaraguanische Regierung hat auch nicht ihre Bereitschaft gezeigt, den Standard zur Sicherung der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Bewirtschaftung der lebenden natürlichen Ressourcen einzuhalten. In diesem Sinne setzt die Regierung ihre permissive Haltung der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im ganzen Land fort und verstößt damit gegen die Gesetze zum Schutz von Schutzgebieten wie den Kiefernwäldern, in denen sie "10 Jahre in Folge die Aussetzung der , insbesondere in den Schutzgebieten der Kiefernwälder des Landes" praktiziert hat. Es ist auch dokumentiert, daß der Großteil der Holzexporte des Landes aus dem Bosawas-Biosphärenreservat stammt, obwohl dies das wichtigste Laubwaldgebiet des Landes ist. Die Informationen über die Exporte werden verborgen gehalten und sind nur durch Informationen zugänglich, die durch (obligatorische) Studien ausländischer Agenten geliefert werden, wie die von der IDB im Jahr 2018 gesponserte Studie über den Forstsektor von [Ronnie del Camino](#), in der es unter anderem heißt: "Im Jahr 2000 gab es 42% Waldbedeckung und 36% landwirtschaftliche Nutzung. Im Jahr 2010 setzte sich der Rückgang der Waldbedeckung fort und erreichte landesweit 31%, und das Land überschritt die 50%-Schwelle der landwirtschaftlichen Nutzung. Im letzten Studienjahr (2015) sank die Waldfläche auf 39.078 km<sup>2</sup> , was 30% der Landesfläche entspricht. Im gleichen Dokument heißt es: "Im Jahr 2000 betrug die Fläche der afrikanischen Palme 4.561 ha, und im Jahr 2016 stieg die Palmenfläche auf 48.142 ha. Zusammengefasst lässt sich feststellen, daß die afrikanische Ölpalme zwischen 2010 und 2016 24,5% Waldfläche und 72,9% landwirtschaftlicher Nutzfläche beansprucht hat". Es zeigt auch, dass die Entwaldungsrate von Wäldern in geschützten Gebieten der Entwaldungsrate in ungeschützten Gebieten entspricht, was die mangelnde Bereitschaft bezeugt, die die Regierung Nicaraguas während ihres gesamten Mandats für den wirksamen Schutz von Schutzgebieten, insbesondere der [beiden Biosphärenreservate](#), gezeigt hat.
5. Hinzu kommt die effektive Zerschlagung von Institutionen des öffentlichen Sektors, die die Umsetzung der ihnen zur Prüfung vorgelegten Projekte übernehmen müssen. Die Regierung Nicaraguas erhöhte das Budget für die politische Repression gegen Nicaraguaner, die Veränderungen in der sozialen, institutionellen und rechtlichen Struktur fordern. Auf diese Weise wurde das Budget der nationalen Polizei in zwei aufeinanderfolgenden Jahren erhöht, nicht jedoch das des Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen, des Nationalen Instituts für Forstwirtschaft und der Nationalen Wasserbehörde, die den zentralen Apparat der Umweltinstitutionen des Landes bilden. <https://www.la-prensa.com.ni/2020/10/29/nacionales/2739675-regimen-recorta-mas-de-10-millones-de-cordobas-al-ministerio-del-ambiente-y-recursos-naturales>, Diese drei Institutionen haben auch ihre rechtlichen Handlungsrahmen zur Seite gelegt, um zu politischen Durchsetzern exklusiver Entscheidungen des Regimes zu werden, wobei sie die effektive Einhaltung der Umweltgesetze ignorieren.
6. Die Regierung Nicaraguas hat die Empfehlungen zur Einhaltung des Standards "Beteiligung der interessierten Parteien und [Offenlegung von Informationen](#)" nicht befolgt. Es hat sich gezeigt, dass die Regierung den Zugang zu öffentlichen Informationen im Allgemeinen und zu Informationen über natürliche Ressourcen und die Umwelt im Besonderen verweigert. Und es ist auch dokumentiert, dass die Regierung in ihrem Eifer, Unterschriften für die Genehmigung von Projekten in ihrem Interesse zum Nachteil der Grundrechte dieser Völker und ihrer Lebensgrundlagen und der Umwelt zu erhalten, die indigenen kommunalen und territorialen Behörden durch [Parallelregierungen](#) ersetzt hat, die ihnen zu Diensten stehen.

7. Darüber hinaus weisen wir auf die [rechtswidrige Aufhebung des Rechtsstatus von Organisationen](#) hin, die sich für die Menschenrechte im Allgemeinen und die Umwelt im Besonderen einsetzen, sowie auf die widerrechtliche Aneignung ihrer Vermögenswerte und die Besetzung ihrer Büros. Insbesondere führt die Fundación del Río ihre Arbeit im Biosphärenreservat des Flusses San Juan durch und hält eine ständige Klage über die Schäden an den in diesem Gebiet ansässigen indigenen und afro-nicaraguanischen Volksgruppen und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in allen ihren Formen aufrecht; Fundación Popol Na, die in energischer Weise die Anprangerung für die Verabschiedung des Gesetzes 840 im Zusammenhang mit dem Megaprojekt des "Großen Intraozeanischen Kanals für Nicaragua" aufrechterhielt; derzeit sind die meisten Umweltorganisationen der Zivilgesellschaft "rechtlich" suspendiert, weil das Innenministerium ihnen nicht die notwendigen Genehmigungen für die volle Ausübung ihrer Tätigkeit erteilt hat. Schließlich haben die Organisationen, die zur Cocibolca-Gruppe gehören, ihre Leitungen entweder im Exil - zusammen mit mehr als 100.000 Nicaraguanerinnen und Nicaraguern, die seit 2018 gewaltsam vertrieben wurden - oder sie werden im Landesinneren verfolgt; daher hat die Regierung die Hände frei, die Projekte nach eigenem Gutdünken durchzuführen und der internationalen Gemeinschaft jede irreführende Dokumentation vorzulegen, die versucht, die beantragte Finanzierung zu rechtfertigen, eine Praxis, die vom Regime seit jeher betrieben wird.

Deshalb ersuchen wir die Gremien des Carbon Fund und des Green Climate Fund:

1. KEINE Projekte der Regierung von Nicaragua zu genehmigen, weil sie nicht ordnungsgemäß ausgearbeitet wurden und weil sie nicht unter Einhaltung der von den Fonds und ihren Finanzinstituten vorgeschriebenen ökologischen und sozialen Schutzmaßnahmen oder Standards durchgeführt werden können.
2. Wir fordern die Vertreter der Länder, die an diesen Entscheidungen beteiligt sind, nachdrücklich auf, in den Sitzungen, die Nicaragua betreffen, mit einer kohärenten Stimme zu sprechen und bei der Genehmigung von Projekten für diktatorische Regime keine substanzlosen Formalitäten zu akzeptieren.
3. Wir fordern die im Carbon Fund und im Green Climate Fund vertretenen Organisationen auf, die Verantwortung zu übernehmen, die die Gewährung von Mitteln an ein Regime bedeuten würde, das vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte ([OHCHR](#)) und von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission ([IACHR](#)) überführt wurde, "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" an den wehrlosen Menschen zu begehen, die sie schützen sollen, Die beantragten Mittel würden vom Regime zur Unterdrückung und fortgesetzten Verletzung der grundlegendsten Rechte der nicaraguanischen Gesellschaft verwendet.

Managua, Nicaragua, 29. Oktober 2020



**Grupo Cocibolca**

- 
- Lena Bretas Germany CF20 Chair ([fcpfsecretariat@worldbank.org](mailto:fcpfsecretariat@worldbank.org))

- Kandy, Daniel D <[KandyDD@state.gov](mailto:KandyDD@state.gov)>
- Bretas, Lena <[Lena.Bretas@bmz.bund.de](mailto:Lena.Bretas@bmz.bund.de)>
- Dragisic, Christine D <[DragisicCD@state.gov](mailto:DragisicCD@state.gov)>
- Duval-Mace, Nicolas (NRCan/RNCan) <[nicolas.duval-mace@canada.ca](mailto:nicolas.duval-mace@canada.ca)>;
- 'John Verdieck' <[john.verdieck@TNC.ORG](mailto:john.verdieck@TNC.ORG)>;
- Lie Mads Halfdan <[Mads-Halfdan.Lie@kld.dep.no](mailto:Mads-Halfdan.Lie@kld.dep.no)>;
- 'Sheldrake, Lydia (BEIS)' <[Lydia.Sheldrake@beis.gov.uk](mailto:Lydia.Sheldrake@beis.gov.uk)>;
- Lisa Schindler Murray <[lschindler@TNC.ORG](mailto:lschindler@TNC.ORG)>;
- Petersen Charlotte <[Charlotte.Petersen@kld.dep.no](mailto:Charlotte.Petersen@kld.dep.no)>;
- Simon Roberts <[Simon.Roberts@environment.gov.au](mailto:Simon.Roberts@environment.gov.au)>;
- 'Melanie.Kaebnick@environment.gov.au' <[Melanie.Kaebnick@environment.gov.au](mailto:Melanie.Kaebnick@environment.gov.au)>;
- Gent, Danielle (International - Climate and Energy) <[danielle.gent@beis.gov.uk](mailto:danielle.gent@beis.gov.uk)>
- Philippe Eric Dardel -Senior Natural Resource Management Specialist  
[pdardel@worldbank.org](mailto:pdardel@worldbank.org)
- Zenia Salinas-Environment and Natural Resources Global Practice  
[zsalinasvallecil@worldbank.org](mailto:zsalinasvallecil@worldbank.org)
- Ladd Lawrence F. (Ladd) Connell - Environment Director  
[lconnell@bankinformationcenter.org](mailto:lconnell@bankinformationcenter.org)
- Carolina Juaneda-Latin America Coordinator- Bank Information Center  
[cjuaneda@bankinformationcenter.org](mailto:cjuaneda@bankinformationcenter.org)
- Daniela Gayraud  
[dgayraud@worldbank.org](mailto:dgayraud@worldbank.org) -
- [ofac\\_feedback@treasury.gov](mailto:ofac_feedback@treasury.gov)
- [heike.henn@bmz.bund.de](mailto:heike.henn@bmz.bund.de)
- [jose.delgado@bmf.gv.at](mailto:jose.delgado@bmf.gv.at)
- [stefan.schwager@bafu.admin.ch](mailto:stefan.schwager@bafu.admin.ch)
- [heike.henn@bmz.bund.de](mailto:heike.henn@bmz.bund.de)
- [jose.delgado@bmf.gv.at](mailto:jose.delgado@bmf.gv.at)
- [stefan.schwager@bafu.admin.ch](mailto:stefan.schwager@bafu.admin.ch)
- [sue.szabo@international.gc.ca](mailto:sue.szabo@international.gc.ca)
- [lars.roth@gov.se](mailto:lars.roth@gov.se)
- [Hans.Olav.Ibrekk@mfa.no](mailto:Hans.Olav.Ibrekk@mfa.no)
- [j-wheatley@dfid.gov.uk](mailto:j-wheatley@dfid.gov.uk)
- [Zachariah.Bull@beis.gov.uk](mailto:Zachariah.Bull@beis.gov.uk)
- [k-gardner@dfid.gov.uk](mailto:k-gardner@dfid.gov.uk)
- [NPAREJA@MVOTMA.GUB.UY](mailto:NPAREJA@MVOTMA.GUB.UY)
- [ANDREA.MEZA@MINAE.GO.CR](mailto:ANDREA.MEZA@MINAE.GO.CR)

---

FIN